

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 12, Teil II

By Ms. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Status : - Member

Vorschlag des Präsidiums

Artikel 12: [Einwanderung]

(1) Die Union entwickelt eine gemeinsame Einwanderungspolitik, *die in allen Phasen eine effiziente Steuerung von Migrationsströmen, eine angemessene Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, sowie eine Prävention und verstärkte Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Menschenhandel gewährleisten soll.*

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze in folgenden Bereichen:

- Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Erteilung von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstiteln, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung, durch die Mitgliedstaaten;
- **Festlegung der** Rechte von Drittstaatsangehörigen, die sich *rechtmäßig* in einem Mitgliedstaat aufhalten, einschließlich der Bedingungen, unter denen sie sich in den anderen Mitgliedstaaten frei bewegen und aufhalten dürfen;

Änderungsvorschlag

Artikel 12: [Einwanderung]

(1) Die Union entwickelt eine gemeinsame Einwanderungspolitik.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze in folgenden Bereichen:

- Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Erteilung von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstiteln, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung, durch die Mitgliedstaaten;
- Rechte von Drittstaatsangehörigen, die sich *mit gefestigtem Aufenthaltsstatus* in einem Mitgliedstaat aufhalten, einschließlich der Bedingungen, unter denen sie sich in den anderen Mitgliedstaaten frei bewegen und aufhalten dürfen;

- *illegale Einwanderung* und *illegaler* Aufenthalt, *einschließlich Abschiebung und der Rückführung solcher Personen, die sich illegal in einem Mitgliedstaat aufhalten*;
- *Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Minderjährigen.*

(3) *Die Union kann Abkommen mit Drittländern schließen, deren Ziel eine Rückübernahme illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger in ihr Ursprungs- oder Herkunftsland ist.*

(4) Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze erlassen, mit denen ein Tätigwerden der Mitgliedstaaten gefördert und unterstützt wird, das der Integration der Drittstaatsangehörigen dient, die sich *rechtmäßig* in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten.

- *illegale Einreise* und *unerlaubter* Aufenthalt.

(4) Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze erlassen, mit denen ein Tätigwerden der Mitgliedstaaten gefördert und unterstützt wird, das der Integration der Drittstaatsangehörigen dient, die sich *mit gefestigtem Aufenthaltsstatus* in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten.

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Die Aufgaben der Einwanderungspolitik ergeben sich anschaulich aus Absatz 2. Die Aufzählungen in diesem Absatz nehmen lediglich in unvollständiger Form die Aufzählung des Absatzes 2 vorweg und sind dementsprechend überflüssig.

Absatz 2, 2. Spiegelstrich:

Die Rechte der Drittstaatsangehörigen, die sich nur **vorübergehend** in der Europäischen Union aufhalten, sind Gegenstand der Gesetzgebungskompetenz des Art. 10 und hier dementsprechend auszunehmen.

Absatz 2, 3. Spiegelstrich:

Hinzu kommt, dass es verschiedene Möglichkeiten im Umgang mit Erscheinungen der illegalen Einwanderung gibt, die den Werten der Union entsprechen. Die Verfassung sollte sich daher einer Präjudizierung dieser Politik enthalten.

Absatz 2, 4. Spiegelstrich:

Eine schwere Straftat wie Menschenhandel mit den Mitteln der Einwanderungspolitik bekämpfen zu wollen, führt letztlich dazu, das Problem zu Lasten der Opfer zu lösen.

Absatz 3:

Auch hier gilt: Es gibt verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit Erscheinungen der illegalen Einwanderung, die den Werten der Union entsprechen. Es ist deshalb nicht ersichtlich, warum die Verfassung gerade dieses Instrument vorgeben soll. Sollte der Abschluss eines Abkommens erforderlich erscheinen, so begründet sich die Zuständigkeit der Union nach den Grundsätzen, wie sie vom Gerichtshof entwickelt und nunmehr in Art. 11 Abs. 2 niedergelegt sind.